

Ercheint alle 14 Tage.  
Wiertel. Bezugspreis  
1,50 Mk.  
Zu beziehen im Verlag  
"Die Eiche", Berlin  
N.D. 55, Greifswalder  
Straße 222.

# Die Eiche

Anzeigen für die sechs-  
gespaltene Beilage:  
20 Pfg.  
Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Ortsvereinsanzeigen  
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Nr. 11/12

Berlin, den 21. März 1930

41. Jahrg.

Verantwortungsbereich  
Alexander 4719

Alle Zuschriften für "Die Eiche" an B. Volkman, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Postfachsendungen sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.D. 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin, N.D. 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin N.D. 7.

Verantwortungsbereich  
Alexander 4719

## Kritische Tage.

Die Märztage haben in der Geschichte wiederholt eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, es erscheint oft, als ob mit dem Frühlingserwachen ein gewisser revolutionärer Geist in die Gemüter zieht. Unvergessenlich in der deutschen Geschichte werden die Märztage von 1848 bleiben, besonders der 18. März, an dem wahrhaft brave von echtem demokratischem Geist erfüllte Männer u. Jünglinge im Kampfe um die Freiheit ihr Leben ließen. Die Farben Schwarz-Rot-Gold, die auch unser Vereinsabzeichen über 40 Jahre zieren, wurden damals von den Freiheitskämpfern stolz voran getragen, besonders die akademische Jugend, die heute vielfach ihre alte Tradition verleugnet, sammelte sich unter diesem Zeichen.

Wenn in jenen Tagen die Reaktion, gestützt auf die Bajonette der Soldaten, die Oberhand gewann, so ist in den Tagen doch das Fundament für eine demokratische Regierungsform gelegt worden. Das deutsche Volk hat seine Freiheitskämpfe nicht vergessen, am 18. März jeden Jahres werden zahlreiche Kränze mit den entsprechenden Widmungen auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain zu Berlin niedergelegt. Vor dem Kriege verfielen zahlreiche Schleifen der Zensur, ein starkes Aufgebot von Schutzmannschaft prüfte sorgfältig jede Inschrift auf den Schleifen, wobei die bereitgehaltene Schere oft in Tätigkeit gesetzt wurde. Heute werden diesen Demonstrationen keine Schranken gesetzt, ungehindert können die Kränze niedergelegt werden.

Gleichfalls unvergessen wird in der Arbeitnehmerschaft der 13. März 1920 sein, an dem Kapp mit seinen Rebellen den Versuch unternahm, die demokratische Regierung zu stürzen, und wieder eine rechtsradikale monarchistische Regierung einzusetzen. Hier zeigte sich in voller Deutlichkeit, daß in den Novembertagen von 1918 bei der politischen Ummwälzung so manches versäumt worden war. Leute die damals aus Angst für ihre Schandtaten zur Rechenschaft gezogen zu werden befürchteten, hatten sich in das Ausland geflüchtet, oder in die dunkelsten Winkel des Vaterlandes verkrochen. Jetzt witterten diese Leute wieder Frühlingsluft und versuchten eine Knebelung der Arbeitnehmerschaft herbeizuführen. Wir sehen auch heute noch links- und rechtsradikale Kreise am Werke, die ständig bestrebt sind, das deutsche Volk in Unruhe zu versetzen. Politische Meuchelmorde sind ständig an der Tagesordnung.

Angeichts der letzten Vorgänge erscheint es zweckmäßig, sich die Vorgänge vom März 1920 ins Gedächtnis zurückzurufen. Als am 13. März 1920 der Generallandschaftsdirektor Kapp mit den Brigaden Ehrhardt und Löwenfeld unter der Führung des Generals von Lüttich durch das Brandenburger Tor in Berlin einzog, da wählten viele Gewaltpolitiker, daß das Ende der deutschen Republik gekommen sei. Auf den öffentlichen Plätzen standen die schweren Geschütze und die großen Maschinengewehre, die Zeitungsbetriebe waren besetzt. Überall dröhnte der schwere Schritt der Männer im Stahlhelm mit dem Hakenkreuz, und in der Reichskanzlei thronte Herr Kapp. Dessen erste Regierungshandlung war ein Canossagang zu den Völkern der Entente, denen gegenüber er sich feierlich verpflichtete, am Versailler Frieden nicht zu rütteln. Diese Tatsache verdient besonders festgehalten zu werden, gegenüber dem Verhalten der rechtsradikalen Seite anlässlich des Young-Plan.

Inzwischen aber setzte die deutsche Republik, nachdem die Reichswehr leider versagt hatte, das friedliche Machtmittel des Generalstreiks der Arbeiter, Angestellten und Beamten ein. Alle Verkehrsmittel lagen still, alle Fabriken feierten, keine Hand regte sich für Kapp, aber alle Hände ruhten im wichtigen Protest gegen den geistkranken Putsch-Hauptling. Es gab keine hüben Parolen, die die Arbeiter auf die Straße oder vor die Maschinen-Gewehre der Gegner trieben. Alles vollzog sich in einer dramatischen Ruhe und in glänzender Disziplin. Sechs Tage währte das Abenteuer, und dann war Herr Kapp mit seinen

Nerven und mit seinem Vatein zu Ende. Die Truppen zogen ab, und Herr Kapp flüchtete nach berühmten Vorbild gen Schweden. Hier hat sich deutlich herausgestellt, daß die Nerven der Führer der Arbeiter doch stärker waren, als die der Kapprebellten. Die Geschichte wird vielleicht späterhin Dank und Anerkennung finden für die Führer der Arbeiterorganisationen, die in selbstloser Selbstaufopferung, teilweise unter Lebensgefahr Tag und Nacht auf den Beinen waren, um unser Land, um das deutsche Volk, die Arbeitnehmerschaft, vor größerer Not und Elend zu bewahren. Man muß sich die Tage und Stunden in Erinnerung rufen, wo eine Sitzung die andere ablöste, die wunderbare Organisation, wo sich jede verantwortungsvolle Persönlichkeit bewußt war, sofort für den andern einzuspringen, wenn seinem Nebenfolgenden etwas menschliches, womit man zu jener Stunde rechnen mußte, passierte. Die Arbeiterorganisationen haben allen Anlaß, mit Stolz auf die Vorgänge zurückzublicken, kam doch hier Kraft, Mut und Entschlossenheit im wahren Sinne des Wortes zum Ausdruck.

Wie wohlthuend sticht diese Bewegung davon ab, gegenüber den Maßnahmen, die in den letzten Tagen von linksradikaler Seite getroffen worden sind.

Es wird höchste Zeit, daß die Arbeitnehmerschaft sich ihrer Stärke aber auch ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt wird, es ist für die Dauer nicht zu ertragen, wenn immer wieder links- oder rechtsradikal gestimmte verantwortungslose Elemente versuchen, Unruhen unter die Arbeitnehmerschaft zu bringen. Es gehört dazu wahrlich keine Intelligenz, sich unter eine Masse von Arbeitslosen zu stellen, die monatelang sich vergeblich um Arbeit bemühen und denen das Elend grau in grau vor Augen zu malen, und an die niederen Instinkte der Massen zu appellieren. Als grober Unfug muß es bezeichnet werden, wenn man immer wieder besonders die Jugendlichen aufhebt, um Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen, unfägliche Trauer ist dieserhalb schon über so manchen Familie gekommen.

Es gibt keinen verantwortungsvollen Führer in der Arbeiterbewegung, dem die Not und das Elend der Arbeitslosen nicht bekannt ist, und der nicht versucht, dem Elend zu steuern. Die Verhältnisse sind oft stärker als der Wille und wenn es oft nicht gelingt, Besserungen herbeizuführen, so tragen in erster Linie die links und rechtsradikalen die Schuld daran, indem sie durch ihr verantwortungsloses Handeln versuchen, jede Verbesserung zu sabotieren. Diese Elemente sind sich offenbar nicht bewußt, daß sie den reaktionären Kreisen durch ihr Verhalten ständig in die Hände arbeiten. Solange die Arbeitnehmerschaft uneinig dasteht, blüht der Weizen für die Reaktion. Wir haben schon im Leitartikel der letzten Nummer der Eiche auf die Rede von Dr. Schacht die derselbe bei der „Schaffermahlzeit“ in Bremen gehalten hat, hingewiesen, indem derselbe ausführte:

„In dem Mangel an Willen, der durch das deutsche Volk geht, empfinde ich die ganze große moralische Krise des deutschen Volkes. Dieser Wille fehlt dem deutschen Reich heute an allen Ecken und Enden. Wir haben nicht mehr das Gefühl in der Bevölkerung, daß der Einzelne für sein Schicksal verantwortlich ist, daß der Einzelne kämpft und ringt, und sich einsetzt, wenn er etwas erreichen will. Unser Ideal in Deutschland ist das Ideal des Sozialrentners, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungsscheine einschließlich der Sterbekasse mitbekommt. Wir fühlen uns nicht als Bürger des Staates, sondern wir fühlen uns als Wohlfahrtsempfänger eines uns fremden staatlichen Organismus, der irgendwo in der Luft schwebt.“

Solche Reden sind naturgemäß geeignet, die größte Erregung und Verbitterung in den Arbeitnehmerschichten, besonders den schwergeprüften Arbeitslosen und Sozialrentnern hervorzurufen, zumal gehalten von einem Manne, der von Staatswegen ein so fürstliches Gehalt bezieht. Solche Reden sind jedoch auch Wasser auf die Mühlen der Linksradikalen, für die ein besserer Agitationsstoff gar nicht geliefert werden kann.

Die verantwortungsvolle Arbeitnehmerschaft muß sich solche Ungezogenheiten auf das allerentschiedenste verbitten. Herr Dr. Schacht scheint in seiner Banklaune von dem gewaltigen Arbeitswillen der deutschen Arbeitnehmer bisher nichts verspürt zu haben, er weiß offenbar auch nichts davon, daß deren Arbeitsleistung gegen die Vorkriegszeit in zahlreichen Industrien um 50 Prozent gestiegen ist. Muß noch besonders darauf hingewiesen werden, daß dieser Arbeitswille besteht, trotz aufreibender Arbeit in rationalisierten Betrieben und trotz des drückenden Bewußtseins, jeden Augenblick schuldlos in den Abgrund hoffnungsloser Arbeitslosigkeit stürzen zu können! Ist es nicht ein Wunder, daß die dauernde Gefahr dieses Schicksals, daß die massenhafte Arbeitslosigkeit, daß das harte Los der älteren Angestellten immer noch nicht zu allgemeiner Verzweiflung geführt haben, daß Katastrophen immer noch ausgeblieben sind. Das ist doch nur möglich, weil das deutsche Volk über erstaunliche moralische Reserven verfügt, und weil die deutsche Arbeitnehmerschaft in ihrer übergroßen Mehrheit von Männern geführt wird, die sich ihrer vollen Verantwortung gegenüber ihrer Anhängerschaft, der Wirtschaft und dem deutschen Reiche bewußt sind.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß man sich aus den Kreisen der Großindustrie auch ähnliche Neußerungen, wie sie Dr. Schacht getan hat, nur zu gerne gestattet. Wir möchten nicht unterlassen, unsere warnende Stimme gegen solche Provokationen zu erheben. Die deutsche Arbeitnehmerschaft hat zur Genüge bewiesen, daß sie an dem Wiederaufbau und der Gesundung der deutschen Wirtschaft das lebhafteste Interesse hat, sie hat ferner den Beweis geliefert, daß sie geduldig Not und Entbehrungen auf sich genommen hat. Was jedoch nicht zu ertragen ist, das ist die Verhöhnung der in Not und Elend lebenden Arbeitslosen und Sozialrentner. Wer Wind sät, wird Sturm ernten, das mögen sich diese Kreise gesagt sein lassen. Für unsere Kollegen gilt es mehr wie bisher für den Ausbau unserer Organisation Sorge zu tragen, denn nur in der Kraft und Stärke der Organisation liegt die Gewähr für einen erfolgreichen Widerstand.

## Zurückstattung der Lohnsteuer in Gefahr.

In den Beschlüssen der Reichsregierung über die Finanzreform im Jahre 1931 ist auch die Forderung enthalten, die Erstattungen bei der Lohnsteuer von 1931 ab aufzuheben und dafür aus den Erträgen der Lohnsteuer jährlich eine Summe von 60 Millionen an die Arbeitslosenversicherung zu überweisen. Diese Maßnahme ist vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagen und besonders damit begründet worden, daß die Abschaffungen der Erstattungen eine wesentliche Entlastung der Finanzämter zur Folge haben würde. Tatsächlich würde die Beseitigung der Erstattungen eine der wichtigsten sozialen Erleichterungen bei der Lohnsteuer treffen.

Der Lohnsteuerzahler ist dem Einkommensteuerzahler gegenüber von Anfang an im Nachteil. Die Lohnsteuer muß sofort nach Empfang des Lohnes oder Gehaltes, also wöchentlich oder monatlich bezahlt werden. Die Einkommensteuer braucht aber, von gewissen Vorauszahlungen abgesehen, nur nach Schluß des Kalenderjahres auf Grund einer besonderen Veranlagung entrichtet zu werden. Hat ein Einkommensteuerpflichtiger in einem Jahre weniger verdient, als die ihm zustehenden Freibeträge ausmachen, so braucht er überhaupt keine Steuern zu zahlen. Der Lohnsteuerpflichtige muß dagegen in jeder Woche und in jedem Monat sofort zahlen, wenn sein Lohn oder Gehalt die wöchentlichen oder monatlichen Freibeträge übersteigt. Auf die Tatsache, daß er vielleicht im Laufe des Jahres seine Arbeit verliert oder krank wird oder sonstigen Lohnausfall hat, wird nach dem Gesetz keine Rücksicht genommen. So kann es kommen, daß ein Lohnsteuerpflichtiger in einem Jahre Steuern zahlen muß, obgleich er weniger verdient hat, als seine jährlichen Ermäßigungen ausmachen. Das tritt in allen Fällen ein, in denen ein Arbeiter oder Angestellter im Laufe des Jahres arbeitslos wird.

Um diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, sind im Jahre 1925 die **Erstattungen** eingeführt worden. Sie geben jedem Lohnsteuerpflichtigen, der im Laufe des Jahres erwerbslos, krank usw., gewesen ist, das Recht, die Rückzahlung der von ihm überzahlten Lohnsteuer zu verlangen. Von diesem Recht haben die Steuerzahler in wachsendem Maße Gebrauch gemacht. 1925 wurden 16 Millionen Lohnsteuern erstattet, 1927 schon 61 Millionen, 1928 65 Millionen und 1929 über 68 Millionen.

Die Lohnsteuererstattungen sind also keine Sondervergünstigung mit der Lohnsteuerzahler keine nachträgliche Lohnsteuererhöhung, sondern sie sind nur die Rückzahlung der Lohnsteuer, auf die der Lohnsteuerzahler durch die Erwerbslosigkeit, Krankheit usw., Anspruch hat. Die Erstattungen sind zu einer Erwerbslosigkeit geworden, aus der die Vermittlung der Arbeitslosen in den ersten Monaten der größten Not die größte Schwierigkeit darstellt, als sie in der Zeit der Erwerbslosigkeit sind, weil die Erstattungen nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn die Arbeitslosen in der Lage sind, die Erstattungen zu beantragen.

Das Reichsfinanzministerium: Die Erstattungen sind für den Lohnsteuerzahler mittelbar wieder eine Erwerbslosigkeit, denn es ist ja jährlich 60 Millionen im Jahre 1929 für die Erstattungen zur Verfügung ihrer Arbeitgeber. Man will also die Lohnsteuererstattungen als einen Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung betrachten, wie bei den anderen Sozialversicherungen der verschiedenen Steuerarten. Die Erstattungen der Lohnsteuer an Invaliden und an die Arbeitslosen überwiegen. Gegen derartige Erstattungen haben die schwersten Bedenken geltend gemacht, weil handelt es sich ja jährlich darum, daß aus dem Reichsfinanzen ein Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung entrichtet sollen. Also kein Notwendigkeit, sondern den Arbeitslosen, sondern ein Beitrag, gerade von den Opfern der Wirtschaftskrise.

Das Reichsfinanzministerium weist weiter darauf hin, daß die Lohnsteuererstattungen den Finanzämtern sehr viel Arbeit verursachen. Das soll nicht bestritten werden, wenn gleich viele Behauptungen in dieser Richtung weit übertrieben sind. Aber die Lohnsteuer ist eine der Steuern, die am wenigsten Verwaltungskosten verursacht und am meisten einbringt, weil sie vom Arbeitgeber erhoben wird. Wenn das Reichsfinanzministerium die geringe Belastung des Verwaltungsapparates durch die Erstattungen nicht in Kauf nehmen will, dann soll es die Lohnsteuer aufheben und durch die Veranlagung der Lohnsteuerzahler zur veranlagten Einkommensteuer etwa billiger und einfacher ist. Wenn eine Steuer nicht die einfachsten sozialen Ansprüche erfüllen kann, dann muß sie eben verschwinden und durch eine andere ersetzt werden.

Die Pläne des Reichsfinanzministeriums betreffs Aufhebung der Lohnsteuererstattungen haben in allen Arbeitnehmerkreisen den größten Unwillen hervorgerufen. Zur Zeit scheint die Gefahr beseitigt zu sein, da man anscheinend die Undurchführbarkeit einsehen mußte. Bei der heutigen Zusammenfassung der Regierung heißt es jedoch auf der Hut sein, es müssen alle beteiligten Kreise mobil gemacht werden, um solche Angriffe gleich im Keime zu ersticken.

## Die Arbeitsmarktlage Mitte Februar 1930.

Nach dem Bericht des Reichsarbeitsblatts über die Lage des Arbeitsmarktes ist eine Besserung noch nicht zu erkennen. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat in der ersten Februarhälfte 1930 noch angehalten. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitsuchenden, von denen etwa 2 v. H. noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung sind, betrug am Stichtag rund 3 363 000 und war um 104 000 oder 3,2 v. H. höher als Ende Januar. Die Zunahme verteilt sich auf die männl. Arbeitsuchenden mit 92 000 gleich 3,5 v. H. und auf die weiblichen mit 12 360 gleich 2,0 v. H. Im Vorjahr war dagegen auf dem Arbeitsmarkt für Frauen schon in der zweiten Januarhälfte (weniger 2,0 v. H.) wie in der ersten Februarhälfte (0,9 v. H.) eine Abnahme zu verzeichnen.

Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres ergibt sich eine Mehrbelastung um 345 000 (11,4 v. H.) verfügbare Arbeitsuchende (gegen 333 700 gleich 13,9 v. H. Mitte Januar). Befolgt man bei diesem Vergleich mit dem Vorjahre die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Saisonaußenberufen einerseits und in dem mehr konjunktural bedingten Berufsgruppen andererseits, so zeigt sich folgender wesentlicher Unterschied. Während sich im Vorjahre in der ersten Februarhälfte der Arbeitsmarkt für die Außenberufe infolge der langanhaltenden Kälteperiode noch in stark beschleunigtem Tempo verschlechterte, hat die diesjährige milde Witterung zwar noch keine Abnahme, jedoch seit Mitte Januar eine immer deutlicher werdende Verlangsamung im Ansteigen der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Die Mitte Januar in diesen Berufen noch vorhandene Mehrbelastung (um rund 38 300) gegenüber der Vorjahre wurde rasch ausgeglichen, und am 1. Februar war der Stand des Vorjahres schon um rund 10 000. Mitte Februar sogar um rund 44 000 unterschritten. Dagegen liegt die Kurve der verfügbaren Arbeitsuchenden in den konjunktural bedingten Berufen Mitte Januar noch um 345 000, Mitte Februar um 389 000 über dem Vorjahr.

Aus dieser unterschiedlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Saison- und Nichtsaisonberufen ist zu sehen, daß in den Wintermonaten 1929/1930 die konjunkturale Arbeitslosigkeit bis Mitte Dezember die saisonmäßige übertraf und Mitte Februar sogar noch mit 48,2 v. H. (gegenüber nur 40,8 v. H. im Vorjahre) an der Gesamtbelastung des Arbeitsmarktes beteiligt ist.

In den einzelnen Berufsgruppen war die Entwicklung der Arbeitsmarktlage durchaus nicht einheitlich. Im allgemeinen war jedoch gegenüber dem Monat Januar ein langsames Tempo der Verschlechterung erkennbar. Dies zeigt sich besonders in der Berufsgruppe Lohnarbeit wechselnder Art, ferner in der Berufsgruppe Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen und Apparate, im Holz- und Schnitstoffgewerbe wie auch in der Industrie der Steine und Erden. Eine Besserung ist wieder im Bekleidungs- und Textilgewerbe zu verzeichnen. Eine zunehmende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage trat dagegen im Baugewerbe, im Bergbau, in der chemischen Industrie und bei den Angestelltenberufen ein.

Innerhalb der Saisonaußenberufe war die Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Baugewerbe am ungünstigsten; hier ist in der ersten Februarhälfte eine weitere starke Zunahme um 25 734 verfügbare Bauarbeiter oder 5,5 v. H. eingetreten (in der zweiten Januarhälfte: plus 17 034). Doch ist der Stand der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre noch um rund 41 000 verfügbare Arbeitsuchende oder 7,7 v. H. geringer. Am Stichtage waren bei den Arbeitsämtern rund 492 000 Bauarbeiter verfügbar. Der Eintritt kälterer Witterung mit Frösten und tieferen Tagestemperaturen hat zu weiteren größeren Entlassungen geführt, vor allem im Rheinland (plus 4 280), Sachsen (plus 3 000), Westfalen (plus 2 928), Mitteldeutschland (plus 2 697), Brandenburg (plus 2 498), Niederrhein (plus 2 168), Hessen (plus 1 930), Bayern (plus 1 850), Südwestdeutschland (plus 1 547), und Schlesien (plus 1 382); am geringsten war die Zunahme in Ostpreußen (plus 398) und Pommern (plus 134).

Im Holz- und Schnitstoffgewerbe waren Mitte Februar gegenüber Ende Januar 5 554 Arbeitskräfte mehr auf dem Arbeitsmarkt. Der Anteil an der Gesamtbelastung des Arbeitsmarktes durch diese Berufsgruppe betrug Mitte Februar mit 161 700 Arbeitsuchenden 4,8 v. H. Damit wurde der Stand des Vorjahres um rund 33 000 verfügbare Arbeitsuchende überschritten. Die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter für Gr.-Berlin betrug in der Woche vom 3.—8. März 15 768. Besonders schlecht ist die Arbeitsmarktlage in denjenigen Berufsarten, die in den Bannebergewerben vertreten sind, sowie in der Spielwarenindustrie, deren laue Beschäftigungslage jedoch mehr saisonbedingt ist.

### Die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung.

Trotz des verhältnismäßig milden Winters hat sich auch in der ersten Februarhälfte noch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung weiter beträchtlich erhöht, wenn auch die Zunahme sehr stark hinter derjenigen der ersten und zweiten Januarhälfte des Jahres 1930 zurückbleibt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt am 15. Februar 1930 2 318 193 (davon rund 1 222 000 Männer und 396 000 Frauen, d. h. 86 000 Personen mehr als Ende Januar 1930). Bei dem Vergleich dieser Ziffern mit dem entsprechenden Stande des Vorjahres ist zu berücksichtigen, daß die Zusammenfassung der Unterstützungszahl in diesem Jahre eine andere ist. Die Zahl der winterlich berufsüblich Arbeitslosen insbesondere ist der milden Witterung entsprechend erheblich geringer, als im Vorjahre, während die der konjunktural und strukturell Arbeitslosen sich durch die ungünstige Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1929 so stark gesteigert hat, daß bei dieser Gruppe die Unterstützungszahlen in diesem Jahre weit über der des Vorjahres liegen. Die Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger am 15. Februar 1930 liegt jedoch trotzdem um etwa 38 000 Personen niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei ist es für die Beurteilung des Arbeitsmarktes besonders belanglich, daß die Zahl der unterstützten Frauen in diesem Jahre um 67 000 höher ist, während über 100 000 Männer weniger sich in Unterstützung befinden als im Vorjahre. Diese unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den beiden Geschlechtern bestätigt die vorerwähnten verschiedenen Ursachen, die in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre zu den außerordentlich hohen Unterstützungszahlen geführt haben.

Gebietlich betrachtet melden alle Landesarbeitsamtsbezirke in der ersten Februarhälfte Zunahmen, die zwischen 1,9 v. H. (Schlesien) und 6,1 v. H. (Westfalen) schwanken. In keinem Landesarbeitsamtsbezirk wurde jedoch das Ausmaß der Steigerung, wie es in den letzten Wochen sich ergeben hatte, mehr erreicht. Bei den Frauen ist der Stand in Schlesien und Pommern nahezu unverändert, in Hessen war eine leichte Abnahme und in Brandenburg bereits eine stärkere Besserung zu beobachten; in Brandenburg hat die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger um 1 246 oder 1,5 v. H. abgenommen. Eine starke Steigerung trat noch in Westfalen ein (plus 7,7 v. H.), auch Sachsen steht mit 4,6 v. H. Zunahme (plus 2 866) wesentlich über dem Reichsdurchschnitt (plus 1,3 v. H.).

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter hat auch in der zweiten Februarhälfte die Steigerung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung noch weiter angehalten. Im Vorjahre hatte sich die Zunahme vom 15. zum 28. Febr. 1930 noch auf

über 100 000 Personen belaufen, eine Steigerung die in diesem Jahre nicht erreicht werden wird, so daß also auch Ende Februar 1930 die Unterstützungszahl in der Arbeitslosenversicherung hinter der vom Vorjahre zurückbleiben wird. Ob der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit des Winters 1929/30 Ende Februar 1930 erreicht sein wird, muß fraglich erscheinen, weil die Ursache der Verschlechterung des Arbeitsmarktes in diesem Jahre nur zum geringen Teil in saisonalen Gründen zu suchen ist und sich Anhaltspunkte für eine Besserung des industriellen Arbeitsmarktes bisher noch nicht ergeben haben.

### Die Inanspruchnahme der Krisenunterstützung.

In der ersten Februarhälfte ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung zwar noch weiter stark angestiegen, jedoch nicht mehr in dem gleichen Umfange wie in den beiden vorhergehenden Berichtszeiträumen des Monats Januar 1930. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger stieg gegenüber dem Bestande vom 31. Januar 1930 um rund 16 700 oder 6,7 v. H. auf 266 710 Personen. Die Zunahme entfällt zum großen Teil auf die männlichen Hauptunterstützungsempfänger, deren Zahl sich um 13 817 oder 6,8 v. H. erhöht hat, während bei den Frauen eine Steigerung um 2864 oder 6,0 v. H. eingetreten ist.

Das gegenüber dem Vorjahr (15. Februar 1929) die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung bei den Männern um 67,1 v. H., bei den Frauen um 102,4 v. H., insgesamt um 112 421 Personen oder 72,9 v. H. höher liegt, ist bei den Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit nicht überraschend.

## Reichsforschungsgesellschaft

(für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen.)

Im ehemaligen Herrenhause in Berlin, fand die diesjährige Mitgliederversammlung genannter Gesellschaft am 8. März statt. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Herrn Baurat Kiepert, erstattete Prof. Dr. Siedler den Bericht über die bisherige Arbeit. Er führte aus, daß es die vornehmste Aufgabe der Rfg. sei, Mittel und Wege zu finden, um den Bau von Wohnungen für Minderbemittelte zu verbilligen. Es kommt darauf an, gute Wohnungen herzustellen, deren Preis aber erschwinglich ist, also den Wohntyp zu schaffen, der einem ganz bestimmten Typ von Menschen und ihren Bedürfnissen angepaßt ist und der gleichzeitig den wirtschaftlichen Möglichkeiten Rechnung trägt. Es muß versucht werden unter allen Vorschlägen die festzustellen, die den Qualitätsnormen mit den billigsten Mitteln am nächsten kommen. Herr Prof. Dr. Siedler nannte als Pioniere, die auf diesem Gebiete hervorragendes geleistet hätten, die Namen Haefeler-Celle, May-Frankfurt, Klein-Berlin, Gropius-Berlin und andere. Man könne auch die Wohnungseinteilung nicht nur auf die Jetztzeit, die als Notzeit anzusprechen sei abstellen. Die Rfg. habe ferner versucht, die verschiedenen Hausformen, Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus, auf ihre Güte hin zu untersuchen. Von einzelnen Fachleuten werde die Zahl der Wohngeschosse zweckmäßig mit höchstens 5, von anderen dagegen sogar mit 12 Geschossen angegeben. Die Hausformen, bei denen in jedem Geschoss ein Treppendeck nur 2 Wohnungen liegen, scheinen nach Ansicht der Referenten für Kleinstwohnungen nicht wirtschaftlich zu sein.

Auf dem Gebiete der Baustoffe und der Bauweisen hat die Rfg. beachtliche Studien angestellt. Große Vorarbeit sei von den Materialprüfungsämtern und ähnlichen Instituten geleistet worden, trotzdem fehlen heute noch die Qualitätsnormen für Wände, Decken und Dächer, damit die einzelnen Baustoffe, die für die Ausführung dieser Bauteile in Betracht kommen, danach geordnet werden können. Große Ausblicke auf Ersparnisse an Baustoffen beständen schließlich, wenn die eigentliche Bauausführung besser vorbereitet und an der Baustelle sorgfamer organisiert würde. Es müßte eine rationelle Betriebsführung im Bauwesen eingeführt werden. Wenn durch die Untersuchungen der Rfg. schon viele Ergebnisse erzielt wurden, so bleibe doch noch viel Neuland, welches beackert werden müsse.

In der Debatte zu diesem Bericht wurde scharfe Kritik an der bisherigen Tätigkeit der Rfg. geübt. Eine Anzahl Redner stellten sich auf dem Standpunkt, daß dieser Bericht mehr eine Programmentwicklung gewesen sei, denn es sei in der Hauptsache zum Ausdruck gekommen, was die Rfg. zu tun habe. Die zwei Jahre seien lediglich eine Zeit des Hin- und Herbastens gewesen, es fehle der Kopf; die ganze Arbeit sei von einer Ideenlosigkeit getragen worden, die ehrenamtliche Tätigkeit in den Ausschüssen habe sich nicht bewährt, wie bisher könne die Arbeit nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiter geführt werden. Von einzelnen Rednern wurde die Existenzberechtigung der Gesellschaft bezweifelt, und bei einer solchen Planlosigkeit wäre doppelt und dreifach dasselbe bearbeitet, ohne wesentlichen Erfolg zu erzielen. Die Rationalisierung müsse nicht nur im Bauwesen, sondern in erster Linie in der Gesellschaft selbst durchgeführt werden. Zum Schluß wurde die umgeänderte Satzung, die von Baurat Dr. Kiepert und Ministerialdirektor Dr. Weigert erläutert wurde, mit Mehrheit angenommen. Öffentlich ist nun die Zeit gekommen, wo die Rfg. praktische Arbeit im Dienste der Allgemeinheit leistet.

## Durchschnittslohn.

Für das ostpreussische Holzgewerbe, Tischlereien, Möbelfabriken usw.

vom 28. Februar 1930 bis zum 31. Oktober 1930.

Kategorie	I	II	III	VI	V
<b>Arbeiter:</b>					
über 22 Jahren	108	100	95	90	84
von 20 bis 22 Jahren	97	90	86	81	76
18 bis 20 Jahren	86	80	76	72	67
16 bis 18 Jahren	59	55	52	50	46
<b>Hilfsarbeiter:</b>					
über 22 Jahren	92	85	81	77	72
von 20 bis 22 Jahren	83	77	73	69	65
18 bis 20 Jahren	74	68	65	62	58
16 bis 18 Jahren	51	47	45	42	40
<b>Arbeiterinnen:</b>					
über 22 Jahren	76	70	67	63	59
von 20 bis 22 Jahren	68	63	60	57	53
18 bis 20 Jahren	61	56	54	51	47
16 bis 18 Jahren	42	39	37	35	33
<b>Hilfsarbeiterinnen:</b>					
über 22 Jahren	64	60	57	54	51
von 20 bis 22 Jahren	58	54	51	48	46
18 bis 20 Jahren	51	48	46	43	40
16 bis 18 Jahren	36	33	31	29	28

Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Die 9. und 10. Stunde sind Ueberstunden und werden mit 25 Prozent Aufschlag zum Lohn bezahlt. Jede weitere Arbeitsstunde ist Nachtarbeit und wird mit 50 Prozent Aufschlag zum Lohn bezahlt. Desgleichen werden 50 Prozent Aufschlag bei Sonn- und Feiertagsarbeit bezahlt.

Alle bestehenden Löhne erhöhen sich um den Betrag, der sich ergibt aus der Differenz zwischen dem alten und dem neuen Durchschnittslohn.

Die Zuschläge für Montagearbeiten betragen:

- Für Arbeiten am Ort, die länger als 4 Stunden in Anspruch nehmen 4 Pfg. die Stunde.
- Für Arbeiten in Nachbarorten, von denen die tägliche Rückfahrt möglich ist, neben freier Bahnfahrt 13 Pfg. die Stunde.
- Für Arbeiten außerhalb des Ortes, die ein Uebernachten bedingen, wird neben dem Ortszuschlag und freier Bahnfahrt ein Zuschlag bezahlt von 5,50 RM. pro Tag.

## Fachvorträge auf der Baumesse Leipzig.

Im Rahmen der von der Leipziger Baumesse-Gesellschaft vorgesehenen Veranstaltungen wurde in einer besonderen Vortragsreihe (Vortragsaal Halle 19) die Frage des Stahlbaues eingehend behandelt.

Als Erster sprach Generaldirektor Dr. Ing. e. h. Brunner, Duisburg, zu dem Thema „Stahlblechbau“

Nach einem kurzen Hinweis auf das erste Hochhaus überhaupt, das bereits vor etwa 50 Jahren in Chicago als Stahlblechbaukonstruktion gebaut wurde, kam der Vortragende auf die allgemeine Entwicklung des Hochhausbaues zu sprechen. Es sei interessant, daß in Amerika fast durchweg alle Hochhäuser, und zwar von 10 bis zu 60 Stockwerken, in Stahlblechbau errichtet worden seien. Der Wert dieser Bauten könne ohne Grundstück auf etwa 5 Milliarden Goldmark geschätzt werden. Grundätzlich unterscheidet sich der Stahlblechbau bekanntlich von dem in der alten Welt bisher üblichen Mauerbau dadurch, daß das Stahlgerippe alle tragenden Funktionen des Mauerwerks übernimmt und so die Gesamtlast lediglich durch die vorhandenen dünnen Stützen auf einzelne Fundamentpunkte überträgt. Die Wände, auch im Kellergeschos und den Untergeschossen haben nur eine raumbegrenzende Aufgabe, aber keine tragende mehr. Dadurch sei es möglich, die Wände außerordentlich dünn zu gestalten, aus künstlichen Leichtbaustoffen, welche Wärme- und schallisolierend wirken, als dicke Backsteinwände. Es gäbe heute keinen größeren Bau mehr in Amerika, seien es Hotels, Speicher, Lagergebäude, Bürohäuser, Theater usw., die nicht mit einem Stahlgerippe versehen würden. Interessant sei, in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß in den Vereinigten Staaten schon rund 4800 Hochhäuser mit 10 bis zu 60 Stockwerken in Stahlblechbaukonstruktion bestehen, von denen sich über die Hälfte in New York befinden. Verhältnismäßig bescheiden sehe dagegen Deutschland da, wo bisher kaum 100 Hochhäuser zu finden seien, von denen aber die älteren noch überwiegend in Eisenbetonkonstruktion hergestellt wurden. Erst die letzten Jahre hätten auch Deutschland einen durchschlagenden Erfolg der Stahlblechbaukonstruktion gebracht, so daß Deutschland heute schon auf eine große Anzahl hochbedeutender Stahlblechbaukonstruktionen auf dem Gesamtgebiet des Bauwesens — mit eingeschlossen Theater- und Kirchenbau — hinweisen könne. Besonders zu erwähnen sei noch, daß alle diese Bauten reiflos mit den modernen künstlichen Anforderungen in besten Einklang gebracht werden könnten. Die technische und wirtschaftliche Anwendungsfähigkeit des Stahlblechbauprinzipes beschränkt sich aber nicht nur auf die architektonischen Großbauwerke, sondern läßt sich auch auf den Wohnhausbau bis herab zu den ganzen Einfamilienhäusern und Siedlungshäusern zugute. Der wirtschaftlich denkende Amerikaner hätte dies sehr lange erkannt, so daß z. B. in den Vereinigten Staaten heute 70 Prozent

des gesamten Stahles, der für Stahlblechbauten verwendet wird, lediglich vom Wohnhausbau in Anspruch genommen wird. Besonders erfreulich sei, daß die großen wirtschaftlichen Vorteile des Stahlblechbaues und seine absolute Anpassungsfähigkeit an jede raumbildende Bauaufgabe auch in Deutschland marschiere.

Der Vortragende beschäftigte sich sodann eingehend mit den konstruktiven Fragen des Stahlbaues. Es wäre dabei besonders darauf hinzuweisen, daß die Aufgabe der Fundierung beim Stahlblechbau durch die Beschränkung auf wenige einzelne Fundamentblöcke bedeutend erleichtert ist, und daß die im Mauerbau notwendige Anordnung der Kellergeschosse beim Stahlblechbau erheblich vereinfacht und verbilligt wird. Das Wesen der Stahlblechbaukonstruktion habe bekanntlich den großen Vorteil, daß die Anarbeitung aller einzelnen Konstruktionsteile fabrikmäßig in den Werkstätten erfolgt und diese dann auf der Baustelle in verblüffend kurzen Bauzeiten nur zusammengefügt zu werden, brauchen. Der Schwerpunkt der Arbeit liege also in der Fabrik, während die tägliche Bauausführung in ihrer Güte zum Unterschied von anderen Bauweisen von einer besonders strengen, qualifizierten Bauaufsicht unabhängig ist. Ein großer Vorteil bestehe weiter in der Möglichkeit, die Bauteile sowohl in der Werkstätte als auf der Baustelle miteinander zu verschweißen und nicht nur die unangenehmen Geräusche, die das Nieten von Eisenkonstruktionen bei gewissen Arbeiten, z. B. bei Vergrößerungsbauten von Hotels, Krankenhäusern usw. lästig machen, zu vermeiden, sondern auch noch erheblich, in manchen Fällen bis zu 25 und 30 Prozent an Stahlgewicht zu sparen. Verblüffend sei die Kürze der Bauzeiten, die bei Stahlblechbauten erreicht werden kann. Daß dies für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Stahlbaues in vielen Fällen mit ausschlaggebend sei, kann nicht wundern, denn die Verzinsung des Baukapitals beginne erst mit der Fertigstellung des Bauwerkes.

Interessant waren die Ausführungen über die statische Widerstandsfähigkeit der Stahlbauweise. Haben sich doch z. B. in Miami (Florida) die großen Wolkenkratzer der dortigen Hotels bei den verheerenden Wirbelstürmen des Jahres 1927 glänzend bewährt, obwohl der aufgetretene Winddruck fast dreimal so hoch war als derjenige, der der Berechnung des Stahlblechbaues zugrunde gelegt war. Eine ebenso große Unverwundlichkeit haben die Stahlhäuser in allen Erdbebengebieten bewiesen; ebenso dort, wo einseitige Bodensenkungen auftraten. Die „Schlaueit“ des Stahles als Baustoff hat sich in solchen und ähnlichen Fällen glänzend bewährt, so daß auch über die technische Unantastbarkeit des Stahlbaues heute wohl keine Zweifel mehr bestehen.

Der Vortragende wies weiter nach, daß die Angst vor dem Rosten, die in manchen noch konservativ eingestellten Baukreisen Mißtrauen gegen die Stahlkonstruktion erzeugt, durchaus unberechtigt ist, was wieder die amerikanischen Bauten in vielen Untersuchungen an 30 bis 40 Jahre bestehenden Bauwerken gezeigt haben. Besonders hervorzuheben sei auch die Standfestigkeit des Stahlblechbaues, die ihn besonders geeignet macht für Hotels, Wohnhäuser und insbesondere für Krankenhäuser.

Mit einer der wesentlichsten Vorteile des Stahlbaues bestehe in der Tatsache, daß es eine sogenannte „Bausaison“ für diesen nicht gibt, ob Winter, ob Sommer, schön oder Regen, immer kann in Stahl gebaut werden.

Zum Schluß machte der Vortragende den Vorschlag, zu einer stärkeren und rascheren Verbreitung der Stahlbauweise im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse fachliche Beratungsstellen, die mit allem nötigen Material versehen sind, zu gründen, damit alle in Frage kommenden Bauinteressenten jederzeit volle Aufklärung über sämtliche mit der neuen Bauweise zusammenhängenden Fragen erhalten. Es würde dann nicht daran zu zweifeln sein, daß die Stahlblechbauweise sowie in Amerika und anderen Staaten auch in Deutschland bald zu der ihr gebührenden unbestrittenen Geltung gelangt.

Darauf sprach Prof. Dr. Ing. A. Hilpert, der Vorsteher des Versuchsfeldes für Schweißtechnik an der Technischen Hochschule in Berlin über das Thema: „Welche Vorteile erwachsen der deutschen Wirtschaft durch Schweißung im Stahlblechbau?“

Nachdem die neuen Schweißverfahren, insbesondere die Gas-Schmelzschweißung und Lichtbogen-Schweißung für viele Zweige der eisenverarbeitenden Industrie seit geraumer Zeit ihre Brauchbarkeit durch Gewichtsersparnis, sowie einfache und rasche Herstellung erwiesen haben, sollen jetzt diese Vorteile bei der Herstellung von Stahlhochbauten ausgenutzt werden. In anderen Ländern, z. B. Schweiz, Belgien, besonders aber in Amerika würden schon sehr viele Hochbauten durch Schweißung hergestellt, die den Vorteil nicht unbeträchtlicher Gewichts-, Arbeits- und Zeitersparnis mit sich bringt und den Wärmeverlust vermeidet. An Hand von vielen Beispielen zeigte der Vortragende, welche gewaltigen Fortschritte die verschiedenen Arten der Schweißhausführungen im Stahlhochbau in den letzten Jahren gemacht hätten und welche glänzenden Festigkeitsergebnisse erzielt worden seien.

Vor kurzem durch den Fachauschuß für Schweißtechnik in Deutschland aufgestellte Richtlinien für Herstellung und Abnahme geschweißter Stahlbauten würden nunmehr auch bei uns die Einführung der Schweißung im Stahlbau ermöglichen.

Ueber „Die Baupolizei und der Stahlblechbau“ sprach dann Stadtbaurat Ritter, Leipzig, und führte etwa aus:

Angeichts der wirtschaftlichen Notlage in Deutschland, insbesondere auf dem Gebiet des Bauwesens, sei es mehr wie je vorher Pflicht der Behörden, Gesetze und Vorschriften daraufhin nachzuprüfen, ob sie noch dem Stande der Technik und Wirtschaft entsprechen und erforderlichenfalls Erleichterungen herbeizuführen, soweit diese irgendwie vertretbar sind.

Unter diesem Gesichtswinkel hätte man im vergangenen Sommer von Seiten des V.D.I. Richtlinien über die Erleichterungen für Wohnhäuser in Stahlblechbauweise bearbeitet und in den Städten Leipzig und Hamburg bereits ortsgeseglich eingeführt. Eine weitere Erleichterung auf diesem Gebiet stehe durch Einführung von Vorschriften über die baupolizeiliche Behandlung geschweißter Stahlkonstruktionen zu erwarten. Die Berichte über die Entwicklung des Schweißverfahrens in der eisenverarbeitenden Industrie des Auslandes ließen erkennen, daß man dort bereits große Fortschritte erzielt hat: 38 Städte in den U.S.A. haben die Bestimmungen über die Ausführung geschweißter Stahlkonstruktionen in ihren Bauvorschriften aufgenommen. Von der „American Welding Society, Ausschuß für Bauvorschriften“ seien 1929 die Vorschriften für das Schmelzschweißen und Gas-Schweißen erlassen worden. In Belgien unter Mitwirkung von Prof. Duffin, Brüssel, und in Polen unter Mitwirkung von Prof. Bryla, Lemberg, seien amtliche Vorschriften für die Ausführung geschweißter Stahlkonstruktionen erlassen worden.

Für eine Reihe von besonderen Ausführungen wurden u. a. von den Schweizerischen Bundesbahnen (für schwere Straßenbrückenträger bis 25,6 Meter Spannweite); von der Oesterreichischen Landesregierung für eine Eisenbahnbrücke von 8,86 Meter usw. bezügliche Vorschriften erlassen.

In Deutschland stand der Ausführung geschweißter Stahlkonstruktionen im öffentlichen Bauwesen bisher das Fehlen von entsprechenden Bestimmungen entgegen. Vom V.D.I. wurden in den letzten Monaten Richtlinien für die Ausführung geschweißter Hochbauten aufgestellt und diese sind in ähnlicher Weise wie die Erleichterungen für Stahlblechbauten auf dem Wege über ein Ortsgesetz in Leipzig eingeführt. Es stehe zu hoffen, daß sich andere Großstädte dem Vorgehen anschließen und daß die Erfahrungen, die man mit der Zeit dort sammeln würde, den Anlaß geben, auch die Baupolizeigesetze der einzelnen Länder entsprechend zu revidieren.

Der Direktor der Güttenzementindustrie, Dr. Richard Grün, Düsseldorf nahm in einem Vortrag „Die Füllbaustoffe im Stahlblechbau“ Stellung zu dem wichtigen Problem der Füllbaustoffe. Er zeigte in eingehender Weise nach strenger Einteilung der Füllbaustoffe in: 1. Füllbaustoffe auf anorganischer Grundlage (Zemente, Gips, Zement, Bims, Hochofenschlacke, Handbitte, Füllbaustoffe auf organischer Grundlage (Holz oder Torf) die Eignungen der verschiedenen Materialien in bezug auf Wärme- und Schallisolierungen. Auch die Bindemittel (Zement, Leim, Mangeseit, Mangesiumchloridlauge) würdigte er in diesem Zusammenhange einer näheren Ausführung über ihre Aufgaben bei der Ausführung des Stahlblechbaues. Der Vortrag ließ in bemerkenswerter Weise erkennen, daß sich eine sehr große Anzahl von Füllbaustoffen, Puffträgern und Isolierungsmaterialien auf dem Markt befinden, die gute Eigenschaften haben. Es fehle nur noch z. T. an einer unparteiischen Beurteilung all dieser Füllstoffe, da im allgemeinen nur die Angaben der Firmen zur Verfügung stehen, welche jeweils selbstverständlich die guten Eigenschaften ihrer Füllbaustoffe in bezug auf Wärmehaltung, Schallsicherheit u. sw. hervorheben, während Angaben über Schwindneigungen, Rost-erzeugung, Vergänglichkeit, usw. meistens fehlen. Der Vortragende brachte deshalb den Wunsch zum Ausdruck, daß der Stahlwerkverband und der Deutsche Stahlbauverband in einheitlicher Weise auf wissenschaftlicher Grundlage diese Füllbaustoffe einer eingehenden Prüfung unterziehen lassen sollen, da von dem guten Verhalten der zweifellos vorhandenen Füllbaustoffe die Zukunft des Stahlblechbaues noch rascher gefördert werden könne als augenblicklich.

Als letzter Redner endlich sprach zu dem aktuellen Thema „Finanzierung des Stahlblechbaues“ Direktor Wagner, Sorau N.-L.

Er wies darauf hin, daß jetzt praktisch keine Notwendigkeit mehr bestehe, bei der Beleihung zwischen Stahlblechbauten und anderen Mauerbauten zu unterscheiden. Eine Beleihung von reinen Industrie-Zweckbauten komme auch bei anderen Bauweisen nicht in Frage. Der Versuch, hier durch Gründung einer Kreditbank für die Industrie Abhilfe zu schaffen, müsse als gescheitert angesehen werden. Wohnhäusern in Stahlblechbauausführung stehen dieselben Geldquellen offen, die auch sonst für Wohnbauten in Frage kommen, nämlich die privaten und öffentlich-rechtlichen Hypothekendarlehen, die Sparkassen, sowie die privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsträger, deren Entwicklung der Vortragende, mit Ausblicken für die Zukunft, im einzelnen erläuterte. Er hielt die uneingeschränkte Erhaltung dieser Quellen auch für das bedrohte diesjährige Baujahr für notwendig. Darüber hinaus müsse der Pfandbriefabsatz gesteigert werden, was bei einer energischen Werbung leicht sei, da der Kauf von

Pfandbriefen auf der Feingoldgrundlage wohl die gegenwärtig sicherste Kapitalanlage überhaupt sei. Bezüglich der nachstehenden Beleihungen, die heute noch das Rückgrat des Wohnungsbauwesens bilden, bestanden überhaupt keine Schwierigkeiten, da nach den Richtlinien über die Verwendung von Hauszinsfeuersicherungen schon in der Verordnung vom 2. Juli 1926 § 11, Abs. 1, Ziffer 5 eine Beleihung ohne weiteres zulässig sei. Auch die grundsätzliche Beleihungsfähigkeit von Stahlhäusern durch Hypothekendarlehen sei anerkannt. Nach einer anfänglichen und bei der Reue der Materie auch verständlichen Zurückhaltung der Hypothekendarlehen, sei hier bei den neuesten Beleihungen eine Besserung und vollständige Gleichstellung mit anderen Bauten eingetreten. Hierzu habe wesentlich die Klärung beigetragen, die der Stahlhausbau auf der erst vor wenigen Monaten stattgefundenen Tagung des Deutschen Ausbaus für wirtschaftliches Bauen in Stockholm erfahren habe. Insbesondere jedoch seien dadurch Erleichterungen eingetreten, daß der deutsche Normenausschuß e. V. klare Gütevorschriften aufgestellt habe, die der Vortragende im einzelnen erläuterte. Durch die Umgestaltung dieser Gütevorschriften, die durch heute vorhandene geeignete Sachverständige überwacht werden können, sind Vorarbeiten im Stahlblechbau anderen Wohnbauten an praktischer Hinsicht praktisch gleichzustellen, zumal wenn berücksichtigt wird, daß heute bei Beleihungen fast ausschließlich Tilgungshypotheken in Frage kommen.

**Arbeitslosigkeit.**

Das graue Geisest geht um. Von Stadt zu Stadt steigt es und auf dem Lande kennt man seine Ausprägungen. Wenn irgend etwas die Notwendigkeit der Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erweisen kann, so ist es die Arbeitslosigkeit. Nicht das ist das Schlimme, daß sie gelegentlich einmal hereinbricht; das Traurige ist, daß sie mit Regelmäßigkeit wiederkehrt und das Gebilde des wirtschaftlichen Wohlstandes erschüttert. Gewiß: man kann sich ja darauf einrichten. Es ist ein Ehrentitel in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, daß sie die Arbeitslosigkeit in den Kreis ihrer Versicherungen herein genommen hat. Aber das bedeutet doch eigentlich nur einen Notbehelf. Die davon betroffenen Arbeiter wünschen sich doch, wenn sie etwas Verusche im Leibe haben, keine Unterstützungsgroschen, sondern Arbeit. Die mitleidende Industrie wäre besser daran, wenn sie selbst vom Geld umworben würde, damit ihre Unternehmungen wachsen und Brot schaffen könnten. Freilich wird man aus Gründen geschichtlicher Gerechtigkeit hinzufügen müssen, daß es immer Zeiten der Arbeitslosigkeit gegeben hat. Auch erscheint es in absehbarer Zeit unmöglich, das gesamte Gefüge der Wirtschaft, die heute Weltwirtschaft geworden ist, so zu stellen und zu berechnen, daß die Arbeitslosigkeit vollständig ausgeschlossen. Wohl aber kann und soll dafür gesorgt werden, daß nicht nur ein Teil der erwerbenden Gesellschaft sich die Last der Arbeitslosenversicherung auferlegt, sondern daß hier die Gesellschaft selbst neue Wege zur Lösung sucht. Bedauerndwert in höchstem Grade bleibt, wie leicht man sich an die Ercheinung der Arbeitslosen gewöhnt hat. Gerade der Kulturfreund von heute muß den Stachel nicht los werden, der in dieser traurigen Tatsache unbeschäftigter Menschen steckt. Denn die Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen von Unkultur, nicht von höchster Kultur.

Auch die Arbeiter selbst lernen aus dem Druck, daß man ihrer jetzt nicht bedarf. Die Interessengemeinschaft macht sich in dieser bitteren Zeit geltend. Mancher, der es in guten Zeiten nicht zugeben wollte, daß irgend ein anderes Gemeinsames zwischen dem Arbeitgeber und ihm existiere, als der Lohnvertrag, merkt nun zu seinem Schaden, daß das Interesse der gesamten Industrie mit dem Interesse der gesamten Arbeiterschaft enge zusammenhängt. Wohl gemerkt der gesamten Industrie. Denn einzelne Verhältnisse und Personen werden immer direkt zum Kampf herausgefordert. Auch wird die gesamte Arbeiterschaft der gesamten Industrie gegenüber immer ihren Teil am Ertrag zu erhöhen bemüht sein. Aber das ist eine Torheit, wenn man sich volkswirtschaftlich nicht klar macht, daß das Unternehmen beide nährt: Unternehmer und Arbeiter. Wir haben nie begriffen, warum der Unternehmer und der Arbeiter ihre gemeinsamen Interessen nicht besser wahrnehmen. Das Kapital hat fremde Interessen und nützt diese oft herrisch und gewalttätig aus. Aber der Unternehmer und der Arbeiter treffen sich an so vielen Punkten des wirtschaftlichen Prozesses, daß unter ihrer gegenseitigen Feindschaft nur die ganze Industrie leidet.

Auch die Gemeinden müssen lernen. Unsere modernen Großstadtgemeinden sind in so kurzer Zeit vor solche soziale Probleme gestellt worden, daß es nicht zu verwundern ist, wenn ihnen da und dort der Atem ausgeht, wenigstens wo die Gemeinden ins Riesengroße anwachsen. Und doch ist es eine kurzfristige Politik, die Arbeitslosen sich selbst zu überlassen oder gar an die öffentliche Wohltätigkeit zu appellieren. Es bleibt nicht nur eine Ungeheuerlichkeit, daß die Industrie Arbeiter zu Tausenden anlockt und dann wieder beliebig abhört, sobald es dem Kapital paßt, sondern es ist eine finanzielle Torheit, weite Strecken des schaffenden Menschenmaterials von hehruchendem Geld zu entblößen, denn je reicher und mannigfaltiger die Karäle sind, durch welche das Geld hindurch

fließt, desto ertragreicher ist die gesamte heutige Wirtschaft. Darum bedeutet es eine sehr schlechte Politik, das Geld festzuhalten und Tausende von Menschen eine Stufe niedriger sinken zu lassen, die nachher Staat und Gemeinde viel mehr Geld kosten, als wenn sie als Arbeiter in selbständigem Erwerb erhalten worden sind.

In der Arbeitslosigkeit stecken alle Probleme der Volkswirtschaft drin. Eins erprobt sich aber wieder: die menschliche Gerechtigkeit ist zugleich die wahre Klugheit.

(Wir bringen diese historische Betrachtung, die Pfarrer Traub-Dortmund im Jahre 1909 gebracht hat. Bekanntlich hat sich Traub jetzt wieder geändert, doch haben solche Erinnerungen immer einen gewissen Wert. D. R.).

**Sozialhygienischer Tag in Dresden gelegentlich der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930.**

In einer in Berlin unter Leitung des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Geheimrat Hamel stattgefundenen Sitzung, der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der sozialhygienischen Reichsverbände und des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung bewohnten, wurde die Abhaltung eines sozialhygienischen Tages auf der internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 beschlossen.

Der auf den 1. Juni festgesetzte Tag wird Mittelpunkt und Brennpunkt der an den angrenzenden Tagen in Dresden stattfindenden sozialhygienischen Fachkongresse sein, wie z. B. der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung, der Deutschen Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz usw. Eine Anzahl führender Sozialhygieniker hat bereits Zusage zu Vorträgen gegeben, die schlaglichtartig Stand und weitere Entwicklungsmöglichkeit der wichtigsten schwebenden sozialhygienischen Fragen beleuchten werden. Die schönen, neuen Versammlungsräume des Deutschen Hygiene-Museums werden den äußeren Rahmen der Tagung bilden. Führungen durch die Internationale Hygiene-Ausstellung im allgemeinen, durch die sozialhygienischen Gruppen, d. h. also durch die vom Reich und den sozialhygienischen Reichsverbänden erstellten Teile der Ausstellung im besonderen, werden das Programm des Tages ergänzen und abrunden.

**Weitere Konzentration im Waggonbau.**

Die Zusammenschlußbewegung in der Waggonindustrie ist jetzt offenbar in ihr abschließendes Stadium eingetreten. Wie wir erfahren, hat der ostdeutsche Waggontrust, die Linke-Hofmann-Busch A.-G. in Breslau, jetzt die Aktienmehrheit des bekannten Düsseldorfener Waggonunternehmens, der Gebrüder Schöndorff A.-G. und der Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg erworben.

Durch diese Aktion wird auch das Verhältnis zwischen Linke-Hofmann und der stärksten rheinischen Waggongruppe, der Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken A.-G. Düsseldorf vereinigt. Einzelheiten über die Verträge zwischen diesen beiden mächtigsten deutschen Waggonunternehmungen sind noch nicht bekannt, jedoch wird es sich auch hierbei um die Verschmelzung der verschiedenen im Rheinland verstreuten kleineren Waggonbetriebe der beiden Großkonzerne handeln.

**Wenn Gesundheit ansteckte . . .**

Zur Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß allerlei Dinge ansteckend sind, neue Moden und neue Sportarten, bestimmte Ausdrücke und Ideen, allerlei Gewohnheiten und Krankheiten, und daß leider auch meist die unangenehmen und weniger erfreulichen Dinge leichter anstecken als die guten und vernünftigen.

Wie sehr steckt das Gähnen an! Es ist belustigend und doch peinlich zugleich, läßt sich jedoch meist beim besten Willen nicht vermeiden. Warum Gähnen ansteckend ist, weiß man trotz vielerlei Forschens noch nicht. Gähnen ist es schon, daß schlechte Beispiele im täglichen Leben oft eine starke Ansteckungskraft haben und die Erziehung vor recht schwierige Aufgaben stellen können. Wenn uns auch heute die großen Seuchen des Mittelalters nicht mehr viel zu schaffen machen, dank besserer sanitärer Einrichtungen und hygienischer Maßnahmen, so geht doch immer noch ein großer Anteil von Not und Sorge, Schmerzen und Leid auf das Konto der ansteckenden Krankheiten.

Was für ein Glück wäre es nun, wenn Gesundheit ebenso ansteckte wie Krankheit! Was für eine Fülle von Glück und Freude könnte dann mehr in der Welt sein, welche wirtschaftliche Erleichterung würde es bedeuten, wenn, ja wenn Gesundheit übertragbar wäre. Aber weil

es nun so ganz anders ist, brauchen wir Schutz und Fürsorge gegen Krankheiten, vorbeugende Maßnahmen durch Gesetz und Verwaltung, vorbeugende Maßnahmen aber auch des Einzelnen. Das Deutsche Hygiene-Museum und die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 können es nicht ändern, daß Krankheiten anstecken, aber sie wollen zeigen, daß der persönliche Gesundheitswille eine große Rolle spielt, und sie wollen durch Ausstellung von richtiger Körperpflege und zweckmäßiger Ernährung, von Sport und Spiel, von vernünftiger Kleidung und Wohnung, von gesunder Gestaltung der Arbeit, der Freizeit und vielem anderen diesen Willen zur Gesundheit stärken und die Kenntnis dieser Dinge Allgemeingut werden lassen. Denn wenn Gesundheit an sich auch nicht anstecken kann, Gesundheitswille und Gesundheitspflege können es ganz sicher!

**70 Jahre alt.**

Am 23. März 1930 kann unser um unsere Bewegung so hochverdiente Kollege

**Andreas Krämer**

seinen 70. Geburtstag feiern. In Petersdorf in Ostpreußen geboren, erlernte er nach der Schulentlassung das Tischlerhandwerk und fand am 9. Mai 1888 den Weg zur Organisation, zum Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands. Im Ortsverein Berlin-Nord hatte er seit Jahrzehnten eine führende Stellung inne, lange Jahre hat er dem Hauptvorstand angehört, er war in vielen Fragen das ausschlaggebende Element.

Wir bringen dem Geburtstagskinde in dieser Stelle die herzlichsten Glückwünsche entgegen, möge diesem wackeren Kämpfer unserer Gewerksvereinsbewegung ein glücklicher Lebensabend beschieden sein.

**Josef Traber 80 Jahre.**

Am 11. März 1930 konnte der um die Gewerkevereinsbewegung so hochverdiente frühere Angestellte und später in den Ruhestand versetzte Kollege des Gewerksvereins der Metallarbeiter

**Josef Traber**

in voller Rüstigkeit seinen 80. Geburtstag feiern. Von allen Seiten sind diesem verdienten Kämpfer Ehrungen und Glückwünsche entgegengebracht worden. Auch wir bringen nachträglich dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche entgegen.

**Das Buch Nr. 28994**

**Bruno Kretschmann-Königsberg i. Pr.** ist verloren gegangen. Unterstützung darj auf dieses Buch nicht gezahlt werden. Wo das Buch vorgelegt wird, ist dasselbe festzuhalten und an die Hauptleitung einzufenden.

Der Hauptvorstand.

Unserm langjährigen Mitglied **Andreas Krämer** zu seinem am 23. März 1930 stattfindenden

**70. Wiegenfeste**

die herzlichsten Glückwünsche.

**Der Vorstand und die Kollegen des Ortsvereins Berlin-Nord.**

**Nachruf.**

Am 10. März 1930 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

**Wilhelm von der Heidt.**

Der Verstorbene war ein treuer Mitkämpfer, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

**Die Kollegen des Ortsvereins Duisburg.**

**Werbe jeder für den Gewerksverein!**